



Mitglieder der Lokalgruppe Marburg der Seebrücke positionierten sich vor der jüngsten Kreistagssitzung am Eingang der Stadthalle Stadtallendorf. Der Landkreis Marburg-Biedenkopf tritt dem Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ dennoch nicht bei. FOTO: GÖTZ SCHAUB

Koalition setzt auf Taten, nicht auf „Zeichen“

„200 zusätzliche Geflüchtete im Landkreis aufnehmen“: CDU und SPD streiten sich im Kreistag mit Opposition

VON GÖTZ SCHAUB

STADTALLENDORF. „200 Geflüchtete aus Afghanistan im Landkreis Marburg-Biedenkopf aufnehmen“ – so lautete ein Antrag der Fraktion Die Linke für den Kreistag. Im Ausschuss für Arbeit, Integration und Gesellschaftlicher Zusammenhalt wurde keine Beschlussempfehlung ausgesprochen, weil noch Änderungsanträge erwartet wurden. So verlagerte sich die Behandlung des Themas komplett auf die jüngste Kreistagsitzung. Zu dieser wurde der Ursprungsantrag der Partei Die Linke von einem Änderungsantrag der Grünen ersetzt, weil diesem die Linke beitrug. Auch Klimaliste und der Abgeordnete Frank Lerche (Liberales und Piraten) traten diesem Antrag bei.

Dem entgegen stand schließlich ein Änderungsantrag der Koalition aus SPD und CDU, so dass das Ergebnis schon vor der Debatte klar war. Nichtsdestotrotz fanden sich vor der Sitzung des Kreistages Mitglieder der Seebrücke Marburg vor der Stadthalle Stadtallendorf ein, um dafür zu werben, dass der Landkreis Marburg-Biedenkopf dem Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ beitrifft und sich zur freiwilligen Aufnahme von Geflüchteten bereit erklärt. Die Stadt Marburg gehöre schließlich zu den Gründungsmitgliedern. Andere hessische Mitglieder sind unter anderem Stadt und Landkreis Gießen, der Werra-

Meißner-Kreis, die Städte Darmstadt, Kassel und Wiesbaden.

„Es ist unsere Pflicht zu helfen, Auch wenn der Antrag nicht dazu führen wird, dass mehr Geflüchtete in den Kreis kommen, weil wir es nicht entscheiden dürfen, ist es ein Zeichen, dass wir dazu bereit wären, es zu tun.“

Dr. Jana Groth, Klimaliste

Der Änderungsantrag der Grünen umfasste sechs Punkte. Danach sollte der Kreistag unter anderem an die Bundesregierung appellieren, gefährdete afghanische Ortskräfte samt ihren Angehörigen, die für Deutschland gearbeitet haben, auszuliegen und ihnen in Deutschland Asyl zu gewähren. Der Kreisausschuss sollte zudem gebeten werden, sich aktiv dem Bund gegenüber dafür einzusetzen, dass mindestens 200 Geflüchtete zusätzlich zur gesetzlichen Verpflichtung über den Königsteiner Schlüssel in den Landkreis kommen sollen.

Dafür sollte die Geflüchtetenhilfe vor Ort organisatorische und personelle Unterstützung bekommen. Und der Landkreis sollte, wie von der Seebrücke gefordert, dem Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ beitreten. Das Bündnis

„Städte Sicherer Häfen“ vereint bundesweit Kommunen, Gemeinden und Landkreise, welche sich mit der Initiative Seebrücke und der zivilen Seenotrettung im Mittelmeer solidarisieren.

CDU und SPD machten daraus einen Zwei-Punkte-Änderungsantrag. Unter Punkt eins sollten die Bemühungen der Bundesregierung begrüßt werden, gefährdete ehemalige afghanische Ortskräfte aus dem Land zu bringen. Von Deutschland als Zielland war darin allerdings nicht die Rede.

Unter Punkt zwei wurde bestätigt, dass, wenn es zu einer Verteilung geretteter Asylsuchender nach dem Königsteiner Schlüssel kommen sollte, der Landkreis entsprechend seines gesetzlichen Auftrages agieren werde und, sofern auch Bleibeperspektiven gegeben sind, alles tun werde, um diese Menschen in die Gesellschaft zu integrieren.

CDU und SPD: können nicht eigene Regeln machen

Dr. Tim Textor von der CDU und Werner Hesse von der SPD machten deutlich, dass die Festlegung von Flüchtlingskontingenten nicht Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung sei und auch nicht von dieser an sich gezogen werden könne. Hesse sagte: „Wir können doch nicht durch einen Antrag den Eindruck erwecken, als sei dies möglich. Es ist hingegen unbestritten,

dass wir uns als Landkreis, wenn uns Menschen zugeteilt werden, auch um diese kümmern. Alles andere kann nicht mehr als eine symbolische Botschaft sein.“

Auch wenn der Antrag „gut gemeint“ sei, sagte zudem Winand Koch von der FDP, würde eine Zustimmung bedeuten, dass „wir unsere eigenen Strukturen nicht akzeptieren“.

Verschiedene Landkreise in Hessen sind beigetreten

Frank Lerche (Piraten und Liberale) sieht das ganz anders: „Not kennt nur ein Gebot. Können wir helfen? Ja. Wir müssen unserer Verantwortung endlich gerecht werden.“ Stephanie Theiss von den Grünen nannte den Afghanistan-Einsatz und sein Ende eine Chronik des Scheiterns. Auch ein Landkreis könne jetzt seinen Beitrag leisten und auch Zeichen setzen, etwa mit dem Beitritt zum Bündnis „Stadt Sicherer Häfen“. Dr. Jana Groth von der Klimaliste und Anna Homann von Die Linke bekräftigten, dass Wegducken nicht die Antwort sei.

„Es ist unsere Pflicht zu helfen, Auch wenn der Antrag nicht dazu führen wird, dass mehr Geflüchtete in den Kreis kommen, weil wir es nicht entscheiden dürfen, ist es ein Zeichen, dass wir dazu bereit wären, es zu tun. Wir haben die Chance zu zeigen, dass wir weltoffen sind“, sagte Dr. Groth.

Hofmann erinnerte an verschiedene Landkreise Hessens, die dem Bündnis bereits beigetreten sind. Marian Zachow kommentierte dies als Erster Beigeordneter mit den Worten: „Wir lassen hier im Landkreis lieber Taten sprechen als Bekenntnisse abzugeben. Wir müssen uns nicht als sicherer Hafen erklären, weil wir schon einer sind.“ Seit 2015 habe man im Landkreis gut 4 000 Menschen weitergeholfen.

„Wir lassen hier im Landkreis lieber Taten sprechen, als Bekenntnisse abzugeben. Wir müssen uns nicht als sicherer Hafen erklären, weil wir schon einer sind.“

Marian Zachow, Erster Beigeordneter (CDU)

Julian Schmidt von der AfD, der selbst als Soldat in Afghanistan im Einsatz war, zeigte sich enttäuscht über die Form des Rückzuges der Armee, die anders als in anderen Ländern auch nicht mit Ehren in Deutschland empfangen worden sei. Dass die Taliban die Macht wieder übernehmen würden, sei durchaus immer klar gewesen.

Nach der Debatte folgte eine namentliche Abstimmung, die mehrheitlich die Annahme des Änderungsantrages der SPD und CDU brachte.

33 neue Corona-Fälle

MARBURG. Das Gesundheitsamt des Landkreises Marburg-Biedenkopf hat innerhalb eines Tages 33 neue Corona-Fälle registriert. Die Gesamtzahl der seit März 2020 bestätigten Corona-Infektionen lag damit gestern bei 12 154, wie die Kreispressestelle mitteilte. Die vom Robert Koch-Institut (RKI) angegebene Inzidenz für den Landkreis, also die Zahl der Neuinfektionen pro 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner innerhalb von sieben Tagen, sank auf 49,6 (Montag: 65,9).

Derzeit werden acht Infizierte stationär im Krankenhaus behandelt (plus eins). Davon benötigen weiter zwei Personen eine intensivmedizinische Betreuung. Die Zahl der Todesfälle im Zusammenhang mit einer Corona-Infektion liegt laut Landkreis weiterhin bei 292. Das Gesundheitsamt und niedergelassene Ärztinnen und Ärzte betreuen aktuell 261 aktive Fälle. Die Zahl der genesenen Fälle hat sich um 21 auf 11 601 erhöht.

CORONA-FÄLLE NACH KOMMUNEN

Stadt/ Gemeinde	Infizierte 05.10.2021
Amöneburg	0 (0)
Angelburg	1 (-1)
Bad Endbach	2 (-1)
Biedenkopf	2 (0)
Breidenbach	4 (-3)
Cölbe	14 (+3)
Dautphetal	5 (-1)
Ebsdorfergrund	5 (0)
Fronhausen	0 (0)
Gladenbach	4 (0)
Kirchhain	50 (+7)
Lahntal	9 (+1)
Lohra	1 (0)
Marburg	49 (+2)
Münchhausen	2 (+1)
Neustadt	11 (0)
Rauschenberg	8 (+2)
Stadtallendorf	84 (+4)
Steffenberg	2 (0)
Weimar	3 (-1)
Wetter	1 (-1)
Wohratal	4 (0)
unklar	0 (-1)
Gesamt	261 (+11)

KURZNOTIZ

Online-Vortrag zur Zukunft der Mobilität

MARBURG. Die Volkshochschule Marburg-Biedenkopf bietet am morgigen Donnerstag von 19 bis 20.15 Uhr eine kostenlose Online-Veranstaltung zur Zukunft der Mobilität an. Können Daten und die Einbindung einer künstlichen Intelligenz für einen dynamisch optimierten Verkehrsfluss sorgen? Darüber diskutieren Fachleute, unter anderem Prof. Dr. Susanne Boll-Westermann, Professorin für Medieninformatik und Multimedia-Systeme an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg.

➔ Eine Anmeldung bis heute ist unter www.vhs.marburg-biedenkopf.de oder mit dem Anmeldeformular der VHS-Geschäftsstelle Marburg Land erforderlich.

Nabu startet Wahl zum Vogel des Jahres 2022

Aus fünf Arten können Abstimmende bis zum 18. November ihren Favoriten bestimmen

WETZLAR. Nach der Wahl ist vor der Wahl: Ab dem 6. Oktober lassen der Naturschutzbund Deutschland (Nabu) und sein bayerischer Partner, der LBV (Landesbund für Vogelschutz), den Vogel des Jahres 2022 zum zweiten Mal öffentlich wählen. Jeder und jede kann unter www.vogeldesjahres.de mitbestimmen, wer der neue Jahresvogel wird.

„Bei der ersten öffentlichen Wahl hatten sich über 455 000 Menschen beteiligt und das Rotkehlchen zum Vogel des Jahres 2021 gekürt – eine überwältigende Beteiligung“, sagte der Landesvorsitzende des Nabu Hessen Gerhard Eppler, laut Mitteilung. „Wir freuen uns sehr, dass das Interesse an Naturschutz und der heimischen Vogelwelt so groß

ist und legen darum die Vogelwahl auch für die kommenden Jahre in die Hände aller, die mitentscheiden wollen.“

In Deutschland leben 307 Vogelarten. Damit die Wahl etwas erleichtert wird, haben die Vogelkundler des Nabu fünf Arten ausgesucht. Für den Jahresvogel 2022 ins Rennen gehen: Bluthänfling, Feldsperling, Mehlschwalbe, Steinschmätzer und Wiedehopf.

„Jeder der fünf Vögel steht für ein Naturschutzthema, das unsere Aufmerksamkeit braucht“, so Eppler, „So sind mit Mehlschwalbe, Steinschmätzer und Wiedehopf gleich drei Zugvogelarten auf der Wahlliste. Zugvögel leiden besonders stark unter dem Klimawandel, da sie auf



Einer der Kandidaten für die Wahl zum Vogel des Jahres: Ein Wiedehopf steht auf einem Ast. FOTO: PAUL GLÄSER/NABU/CEWE/DPA

intakte Verhältnisse an mehreren Orten der Welt angewiesen sind“. Die Mehlschwalbe hat als Insektenfresser und Gebäudebrüter zwei Probleme: Durch das Insektensterben hat sie weniger Nahrung zur Verfügung. Zudem werden ihre Nistplätze bei Gebäudesanierungen entfernt.

Der Wiedehopf ist mit seinem langen Schnabel und seinen orangefarbenen Scheitel Federn der optisch spektakulärste Kandidat. Er lebt ausschließlich in besonders warmen Gegenden in Deutschland. Den Feldsperling dürfte jeder und jede schon einmal gesehen haben. Er hat sich wie auch der Haussperling den Menschen angepasst und lebt häufig in unseren Siedlungen. Der Bluthänfling ist eine kleine Finkenart mit roter Brust und einer Vorliebe für vegetarische Kost, wie Körner, Samen und Früchte.

➔ Am 6. Oktober wird das virtuelle Wahllokal unter www.vogeldesjahres.de freigeschaltet. Bis zum Vormittag des 18. November kann abgestimmt werden.